

Schulpolitik im Kanton Basel-Stadt

Ein Positionspapier der Juso BS

Ausgangslage

Chancengleichheit

5 **Stärkung der Schüler*innenparlamente**

Mental Health

Finanzierung der Bildung

Zukunft der Bildung

Ausgangslage

- 10 Bildung und Ausbildung sind zentrale Aufgabe einer aufgeklärten, fortschrittlichen und demokratischen Gesellschaft. In dieser Gesellschaft ist es die Aufgabe des Staates, den Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Menschen zu garantieren. Dieses Ideal wurde in der Schweiz noch nie erreicht: Der soziale Hintergrund, das Geschlecht und ein Migrationshintergrund sind heute für den Bildungsweg
15 ausschlaggebender als die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen.

- Im Kanton Basel-Stadt wurde beispielsweise vor kurzer Zeit die Gymnasialquote mit verschärften Zulassungsbedingungen ohne Grund künstlich gesenkt.¹ Solche Massnahmen verstärken die bereits bestehende Chancenungleichheit. Die individuelle Leistung der Schüler*innen muss ihnen den Übertritt in ein Gymnasium
20 ermöglichen und darf nicht bei Erreichen der Hürde durch eine willkürliche Quote verhindert werden.

Chancengleichheit

- Chancengleichheit heisst für uns, dass unser Bildungssystem allen die Möglichkeit bietet, den persönlichen Fähigkeiten und Interessen nachzugehen, unabhängig vom
25 sozialen Hintergrund, wirtschaftlichen Möglichkeiten, sowie dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung oder der Herkunft.

- Wir sehen oftmals, dass gerade in Basler Mittelschulen die Durchmischung fehlt, weil die Chancengleichheit nicht gegeben ist. Die neuesten Daten beweisen: Die Wahrscheinlichkeit, um als talentierte Schülerin oder als talentierter Schüler aus
30 sozioökonomisch benachteiligter Familie den Sprung ins Gymnasium zu schaffen, ist

¹ „<https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/zu-hohe-gymi-quote-basler-lehrer-muessen-strenger-benoten>“.

etwa halb so gross, wie jene für Schüler*innen aus privilegierten Familien². Meistens sind es die Eltern, welche die Kinder/Jugendlichen aus zeitlichen, finanziellen oder auch sprachlichen Gründen nicht genügend unterstützen können. Die sozioökonomische Herkunft stellt also bereits früh hohe Hürden dar.

35 Für uns ist deshalb klar, dass Bildung und Nachhilfeunterricht nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen darf. Die Schule muss Hausaufgabenhilfe und Nachhilfekurse kostenfrei anbieten und entsprechende Angebote schaffen. Bei Maturaarbeiten sieht man zum Beispiel, dass Schüler*innen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien auf externe Hilfe angewiesen sind, welche
40 nicht zwingend kostenlos zur Verfügung steht. Ein niederschwelliger Zugang zu Unterstützung und eine engere Begleitung durch Expert*innen oder Mentor*innen ist hier dringend angebracht. Allgemein sollten die Lehrkräfte den Schüler*innen gezielt unter die Arme greifen, wo sichtbar wird, dass Chancengleichheit nicht gegeben ist. Ausserdem sind die erschwerten Aufnahmebedingungen für die Gymnasien, faktisch
45 «Beschränkungsquoten», ein Instrument, welches die Chancengleichheit nicht fördert. Sie sind künstlich und willkürlich, und gehören daher abgeschafft.

Nachteilsausgleiche sind ein wichtiger Bestandteil an unseren Schulen und fördern die Chancengleichheit. Wir kritisieren jedoch die grossen Differenzen zwischen den einzelnen Schulen. Wir stellen fest, dass der Umgang mit Nachteilsausgleichen
50 unterschiedlich gehandhabt wird, was sehr problematisch ist. Daher fordern wir eine einheitlich geregelte Behandlung von Nachteilsausgleichen im Kanton Basel-Stadt.

Wir erachten zudem die Inklusion von Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Beeinträchtigung in das reguläre Schulsystem als richtigen Schritt. Es braucht jedoch mehr personelle Ressourcen, um eine erfolgreiche Inklusion zu ermöglichen. Auch
55 müssen die Bildungseinrichtungen so gestaltet werden, dass ein barrierefreier Zugang möglich ist. Dies soll sowohl für die Infrastruktur der Gebäude wie auch für die entsprechenden Lehrmittel gelten.

Der Kampf für ein fortschrittliches Bildungssystem ist zweifellos auch ein Kampf für mehr Chancengleichheit und Durchmischung an unseren Schulen und Universitäten!

- 60
- Künstliche Zulassungsbeschränkungsquoten gehören abgeschafft
 - Kostenfreie Nachhilfe/Stützkurse in **allen** Schulfächern an **allen** Basler Gymnasien
 - Einheitlich geregelte Behandlung von Nachteilsausgleichen im Kanton Basel-Stadt
- 65
- Mehr personelle Ressourcen im Bereich der Inklusion von Schüler*innen

² Bildungsbericht Schweiz 2018, S. 159

Stärkung von Schüler*innenparlamenten

Die demokratischen Mitbestimmungsrechte an den Schulen sind mehr als dürftig. Wir fordern eine massive Stärkung der Partizipationsrechte der Schüler*innen.

70 Es müssen neue Partizipationsstrukturen für die Schüler*innen geschaffen werden, so dass sich ihre Mitbestimmung nicht auf die Anzahl von Mikrowellen in der Schulmensa beschränkt, sondern viel weitergehend sein soll und sich die Schüler*innen mit Fragen, wie denn Bildung aussehen soll, beschäftigen.

75 Die bereits bestehenden Schüler*innenparlamente verfügen gegenüber den Schulleitungen meist nur eine konsultative Wirkung – das muss sich ändern! Unserer Ansicht nach müssen Schüler*innen ihre Bildung mitgestalten können, da so besser auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden kann.

- Jede Bildungsinstitution muss ein Schüler*innenparlament haben
- Parlamente müssen eine Entscheidungsmacht haben (bindend)

Mental Health

80 In unserer heutigen Leistungsgesellschaft wird sehr viel Wert daraufgelegt, was ein Mensch physisch und psychisch leisten kann. Doch die menschliche Psyche ist sehr vielfältig und noch lange nicht vollständig erschlossen. Nur wird selten über dieses wichtige Thema gesprochen und Menschen mit einer psychischen Erkrankung treffen auf Ablehnung, Unverständnis und Angst von den Mitmenschen. Auch in unserem
85 heutigen Bildungssystem wird psychischen Krankheiten zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

An den Mittelschulen werden Schüler*innen nie oder zumindest nur selten mit dem Thema der psychischen Krankheiten konfrontiert. In der Schule wird zu wenig darauf geachtet, wie es einer einzelnen Person geht. Überlastung oder psychische
90 Krankheiten werden meist ignoriert und Schüler*innen werden immer weiter belastet, da auch die meisten Lehrer*innen nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen.

Dennoch muss man dem Bildungssystem anrechnen, dass es Einrichtungen wie den schulpsychologischen Dienst gibt. Jedoch sind auch hier einige Mängel zu erkennen. Der SPD ist häufig stark ausgelastet und es kann zu längeren Wartezeiten kommen.³
95 Auch die Anmeldung beim SPD verläuft nicht einfach. Zuerst muss ein Gutachten erstellt werden und die Anmeldung muss mit der zuständigen Fachperson des SPD abgesprochen sein. Doch einige Personen benötigen sofortige Hilfe und können nicht mehrere Wochen warten, bis sie einen Termin bekommen. Ebenfalls ist es problematisch, dass der SPD in gewissen Fällen nicht mehr verantwortlich ist, wenn
100 eine Person über 18 Jahre alt ist, heisst so viel, dass man jemanden sofort zum UPK weiterleitet. Allerdings sind durch die Übergangslösung, dass einige Schüler*innen

³ „<https://www.edubs.ch/dienste/spd>“.

105 13 Jahre in die Schule gehen, mehr Schüler*innen über 18 in der Schule. Als letztes kommt noch dazu, dass bei der Anmeldung beim SPD immer die Eltern eingeschaltet werden. Doch in einigen Fällen möchte die betroffene Person nicht mit ihren Eltern darüber sprechen, weil sie sich dabei unwohl fühlt.

- Eine bessere Aufklärung von Schüler*innen, Student*innen und Lehrer*innen zu psychischen Belastungen und Erkrankungen
- Einen Ausbau des schulpsychologischen Dienstes und bessere Vermittlung dieses Angebotes
- 110 • Eine Möglichkeit, wie Mitschülerinnen und Mitschüler, sowie Eltern, nichts von der Anmeldung erfahren

Finanzierung der Bildung

115 Bildung muss für alle zugänglich sein, unabhängig von jeglichen Faktoren, wie dem Vermögen der Eltern. Auf Sekundar-Niveau, darf es nicht von Geld, Geschlecht oder Herkunft abhängen, ob man diese Bildung geniessen kann.

Der Kanton Basel-Stadt muss sicherstellen, dass genügend Geld in die Bildung fliesst. Das betrifft einerseits gemässigte Kosten die von Schüler*innen übernommen werden müssen und andererseits auch dass genügend Personal vorhanden ist. Bei Ausfällen von Lehrpersonen sollte für Ersatz gesorgt werden.

120 Lehrpersonen sollten verantwortungsbewusst mit den Geldern von Schüler*innen und Schülern* umgehen. Konkret ist gemeint, dass keine unnötigen Materialien gekauft werden sollten, welche auch über andere Wege angeschafft werden können, zum Beispiel alte Materialien von anderen Schüler*innen abkaufen. Somit kann Material und Geld gespart werden. Bildung ist keine Ware.

- 125 • Schulen müssen falls benötigt Aushilfen organisieren und nicht nur Arbeitsaufträge mitteilen
- 100% Finanzierung der Bildung durch die öffentliche Hand

Zukunft der Bildung

130 Durch das Coronavirus mussten am Anfang des Jahres 2020 Bildungseinrichtungen vom einen auf den anderen Tag auf digitalen Unterricht umstellen. Seit Jahren wurden in den meisten Bildungseinrichtungen die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht ausgeschöpft. Bei der Zukunft der Bildung muss die Digitalisierung ein Thema bleiben. Während die Fähigkeiten einen Computer/Laptop zu bedienen immer mehr gefordert werden, stellen sich viele Bildungseinrichtungen nach wie vor quer diese Möglichkeit des Lernens den Schüler*innen zu ermöglichen. In den Schulen hat sich 135 in den letzten 50 Jahren erstaunlich wenig verändert.

Bildungseinrichtungen müssen in der Zukunft vermehrt soziale und kreative Kompetenzen, wie Empathie, Selbstachtsamkeit und das vernetzte Denken fördern.

140 Ein Grossteil der aktuellen Schüler*innen wird vermutlich in Berufen arbeiten, die
jetzt gerade entstehen oder noch gar nicht existieren.

145 Andere Berufe werden verschwinden und von technischen Geräten übernommen
werden. Soziale und kreative Kompetenzen sind jedoch eine menschliche Stärke und
die werden auch in den Berufen der Zukunft noch gebraucht werden. Der
Informatikunterricht sollte gestärkt und ausgeweitet werden. Heutzutage wird in den
vielen Jobs verlangt, dass zum Beispiel das Bedienen von Excel beherrscht wird.
Diese Programme können sehr komplex sein und deren Grundzüge sollen in den
Schulen neben dem Informatikunterricht übermittelt werden.

150 Zudem muss eine Verringerung des Leistungsdrucks erreicht werden und die
Schüler*innen müssen stärker bei ihren individuellen Lernfortschritten unterstützt
werden, ohne dass sich dies negativ auf ihren Bildungsweg auswirkt.

- Gezielte Förderung der Schüler*innen entsprechend ihrer Leistungsniveaus
- Bildung richtet sich nach der persönlichen Selbstverwirklichung und nicht nach dem Arbeitsmarkt

155 Basel, 11.05.2020

Verfasser*innen: Lea, Stella, Joris, David, Nino